

PROTEST FÜR GERECHTES STUDIENBEIHILFE SYSTEM IN LUXEMBURG "ET SPUERT EEN NET UN DER BILDUNG!"

[Mit "Luxemburger Studierende" sind nicht nur Studierende mit Luxemburger Nationalität sondern alle betroffenen in Luxemburg und in der Großregion lebenden Studierende gemeint.]

GESCHICHTE

Vor 2010:

- Studierende erhalten Kindergeld mit diversen Zulagen in Höhe von bis zu 3.793,2 Euro/Jahr.
- Studierende erhalten zusätzlich je nach Einkommen der Eltern eine Studienbeihilfe in Höhe von bis zu 4.900 Euro/Jahr.
- Studierende, die in Regelstudienzeit ihr Bachelor-Studium bzw. Master-Studium erfolgreich absolvieren erhalten eine Prämie (Prime d'encouragement) in Höhe von 1.000 Euro (Bachelor) bzw. 2.000 Euro (Master).
- Außerdem gibt es eine Steuervergünstigung für Kinder (Boni d'enfants) in Höhe von 922,5 Euro/Jahr.

2010: "MODELL BILTGEN"

Kindergeld, "Boni d'enfants" sowie "Prime d'encouragement" werden für volljährige Studierende abgeschafft

Basisbeihilfe: 6.500 €

Kredit: bis zu 6.500 €

Studiengebühren: Die Studiengebühren werden bis zu 3.700€ zurückerstattet davon werden jeweils 50% als Beihilfe ausbezahlt und 50% als Kredit.

Härtefall-Regelung: 500€ als Beihilfe + 500€ als Kredit

Dauer der Unterstützung:

Bachelor: Regelstudienzeit + 1 Jahr

Master: Regelstudienzeit + 1 Jahr

Juni 2013: Der Europäische Gerichtshof (EuGH) erklärt, dass die bestehende Studienbeihilfe mit europäischem Recht nicht vereinbar ist, da Kinder von Grenzgänger*innen von den Studienbeihilfen ausgeschlossen werden.

Juli 2013: Als Übergangslösung wird die bestehende Studienbeihilfe auf die Kinder der Grenzgänger*innen ausgeweitet.

Februar 2014: "MODELL 6670"

Hochschulminister Meisch präsentiert auf einer Pressekonferenz ein neues Studienbeihilfe-Modell.

Basisbeihilfe: 2.000€

Mobilitätsbeihilfe: 2.000€ wird ausbezahlt wenn der*die Studierende im Ausland lebt und dort Miete bezahlt

Sozialbeihilfe: 0 – 2.500€ gestaffelt, abhängig vom Einkommen der Eltern

0 – 1 xMindestlohn : 2.500€

1 – 2 xMindestlohn : 2.000€

2 – 3 xMindestlohn : 1.500€

3 – 4 xMindestlohn : 1.000€

4 – 4,5 xMindestlohn : 500€

Studiengebühren: Die Studiengebühren werden bis zu 3.700€ zurückerstattet davon werden jeweils 50% als Beihilfe ausbezahlt und 50% als Kredit.

Härtefälle: 500€ als Beihilfe + 500€ als Kredit

Kredit: bis zu 6.500€ (variabler Zinssatz von maximal 2%)

Dauer der Unterstützung:

Bachelor: Regelstudienzeit + 1 Jahr

Master: Regelstudienzeit

Mai 2014: Hochschulminister Meisch kündigt erste Veränderungen am Gesetzestext 6670 an.

Neue Staffelung der sozialen Beihilfe:

0 – 1 xMindestlohn : 3.000€

1 – 1,5 xMindestlohn : 2.600€

1,5 – 2 xMindestlohn : 2.200€

2 – 2,5 xMindestlohn : 1.800€

2,5 - 3 xMindestlohn : 1.400€

3 - 3,5 xMindestlohn : 1.000€

3,5 – 4,5 xMindestlohn : 500€

Neue Beihilfe: "Familien Beihilfe", ab dem 2. Kind welches zur gleichen Zeit die Studienbeihilfen bekommt, bekommen alle studierenden Kinder des Haushaltes 500€/Jahr

Kredit: Erweiterung der höhe des Kredites über die nicht erstattete Höhe der sozialen Beihilfe.

Dauer der Unterstützung: Wenn Studierende das Regelstudienzeit +1 Jahr im Bachelor nicht gebraucht haben, kann es im Master benutzt werden.

PROTEST

Als die Geplanten Änderungen welche mit dem geplanten Gesetz 6670 im Februar 2014 veröffentlich wurden, regte sich direkt Protest unter Studierenden. "Richtung 22" ein luxemburgisches Künstler*innenkollektiv startete die Seite "Cedies amplatz Täschegehd" (=Cedies ist die Behörde welche die Beihilfen auszahlt), auf der anderen Seite hatten die UNEL (Union Nationale des Étudiant-e-s du Luxembourg), LUS (Luxembourg Students Union) und ACEL (Asociation des Cercles d'Etudiants Luxembourgeois) zusammen ein paar Verhandlungen mit dem Minister. UNEL und LUS haben bemerkt, dass dies nichts grundsätzliches bringen würde und haben angefangen in die Offensive zu gehen. Somit waren die Grundsteine für den Protest gegen das geplante Gesetz gelegt.

Petition

Am Anfang des Protestes stand die Ausarbeitung einer Petition gegen das geplante Gesetz. Dies war die erste Zusammenarbeit von UNEL, LUS und R22.

Angepeilt wurden 4500 Unterschriften schlussendlich wurde die 6000 Unterschriftenmarke überschritten.

Forderung der Petition waren u.a:

- Die Basisbeihilfe an die Höhe des Kindergeldes anpassen.
- Die Mobilitätsbeihilfe soll an das Verlassen des Elternhaushaltes gekoppelt sein und nicht an das Verlassen des "Heimatlandes".
- Die soziale Behilfe soll mehrere Faktoren berücksichtigen und nicht nur das Gesamteinkommen des Haushaltes.

Die Petition war der erste wichtige Schritt des Protestes, da mit diesem ersten gemeinsamen Ziel die Organisationen und die Personen sich vernetzten und anfangen zusammen zu arbeiten.

Außerdem wurden die Medien langsam auf den sich anbahnenden Protest aufmerksam.

Parallel lief die Planung für einen landesweiten Schüler_innen und Student_innen Streik an. UNEL, R22, LUS, Mitglieder diverser (Jugend) Parteien, Schülerkomitees, sowie Studierende schlossen sich zum "Streikkomitee" zusammen.

Haupt Herausforderung innerhalb des Streikkomitees war es die einzelnen Personen und Organisationen zu vernetzen. Dies wurde vor allem über soziale Netzwerke erreicht.

Organisation Streik

Die Entscheidung einen Schüler_innen und Student_innen Streik zu organisieren kam auf, da Unterredungen mit dem Minister Meisch zu keinem Ergebnis führten. Das Streikkomitee wollte durch den Streik den öffentlichen Druck auf die Regierung erhöhen und das Thema in den Mittelpunkt der Medialenberichterstattung rücken.

Der Streik wurde innerhalb eines Monats organisiert da man keine Zeit zu verlieren hatte. Das Datum (25. April) wurde gewählt, da es nach den Schulferien war und viele Student_innen noch im Ausland waren. Es mussten also Schüler_innen mobilisiert werden.

Die Schüler_innen wurden vom Ministerium freigestellt da diese in Luxemburg kein Streikrecht haben. Diese Freistellung ist also als erkämpftes "Streikrecht" anzusehen.

Es wurden Flyer vor den Schulen verteilt, massiv Plakatiert, massiv Interviews gegeben (vor allem um die öffentliche Meinung von dem "faule Studenten" Denken weg zu bekommen und den Schüler*innen die Angst vor Repression zu nehmen) und teilweise wurde in den Klassen selbst von Vertreter_innen des Streikkomitees die Schüler_innen informiert und aufgeklärt.

Eine Online Kampagne wurde organisiert bei der Student*innen welche nicht in Luxemburg für den Streiktag sein konnten sich trotzdem am Protest beteiligen und solidarisieren konnten.

Tag des Streikes

Am Tag des Streikes waren Vertreter_innen des Streikkomitees bereits vor 8 Uhr vor Schulen im ganzen Land um noch Schüler_innen für den Streik zu gewinnen, da viele Angst vor Repressionen hatten.

Gleichzeitig wurde die sogenannte "Online-Front" aufgestellt welche aus Vertreter_innen des Streikkomitees bestand die an dem Tag nicht in Luxemburg sein konnten. Aufgabe der "Online-Front" war die Medialeberichterstattung zu organisieren und über Soziale Netzwerke zu informieren. (Live-Ticker, Twitter, Streik.lu Updates, Interviews, Pressemitteilungen, Einschätzung der Menschenmassen, Pressespiegel,...)

Es wurden 3 einzelne Demonstrationzüge in Luxemburg-Stadt organisiert welche gegen 10 Uhr von unterschiedlichen Orten starten sollten und sich dann gegen 11 Uhr auf einem Platz in Luxemburg-Stadt treffen sollten.

Der Demozug welcher auf dem Hauptbahnhof startete sammelte Schüler_innen welche außerhalb von Luxemburg-Stadt zur Schule gehen. Die beiden anderen Demozüge brachten die Schüler_innen aus den Schulen in Luxemburg-Stadt zum Treffpunkt. Treffpunkt für die 3 Demozüge an einem Platz im Zentrum. Reden wurden gehalten, Musik gespielt, gute Stimmung.

Wir erwarteten offiziell 10.000 Menschen (die Polizei hatte sogar diese Zahl im Vorfeld als übertrieben bezeichnet), schlussendlich waren 17.000 Menschen auf der Straße. Dies wurde uns erst bewusst als wir sahen, dass der Platz überfüllt war. (Fehler der Polizei: hätten uns einen

größeren Platz geben müssen, entweder im Vorfeld schon, oder wenigstens am Vormittag als sie sahen wieviel Leute unterwegs waren)

Der Streik verlief komplett friedlich, die Teilnehmer*innenzahl überwältigte uns alle, wir haben unser Budget von 500 € eingehalten (Mobilisierung und Tag selbst), Solidarität zwischen den Generationen (Schüler*innen, Student*innen, Eltern) war unglaublich stark, die öffentliche Meinung zum Thema wandelte sich und wurde uns positiver zugestimmt,... Alles in Allem ein riesen Erfolg!

Detaillierte Stellungnahme zum Gesetzestext

40-Seitige Stellungnahme zum Gesetzestext wurde geschrieben.

Darin gingen wir konkret auf die einzelnen Bestandteile des Gesetzes ein, kritisierten Punkte und zeigten Lösungs- und Verbesserungsvorschläge auf.

Zeigten aber auch auf wie versucht wird die Öffentlichkeit zu täuschen und das Gesetz als "sozial" verkauft wird obwohl es alles andere ist.

Außerdem haben wir zu diesem Zeitpunkt schon versucht die Bedarfsorientierung mit Zahlen zu untermauern. Da es leider keine Zahlen aus Luxemburg gibt, haben wir Studien aus Deutschland, Frankreich, Belgien, Großbritannien und Österreich herangezogen, da dort die meisten Student*innen aus Luxemburg studieren.

Die Hauptkritikpunkte:

- Ausarbeitung einer **Studie** welche die realen Lebenshaltungskosten, die sozio-ökonomische Realität der Studierenden, die Studienbedingungen und den Impakt der vorherigen Reform ermitteln sollte.
- Die **Basisunterstützung deutlich erhöhen** um somit die Autonomie der Studierenden zu garantieren und eine erhebliche Verschlechterung gegenüber 2010 zu verhindern. Die genaue Höhe der Basisunterstützung sollte sich an der Höhe des Kindergelds orientieren und hängt von der Umsetzung der anderen Forderungen ab.
- Die **Mobilitätszulage nicht an das Verlassen des Heimatlandes koppeln**. Um die Autonomie zu fördern und Diskriminierung zu verhindern, sollte dieser Teil der Beihilfe alleine an das Zahlen von Miete gebunden sein.
- Die **soziale Unterstützung** muss ein Zusatz sein, der **nach anderen Kriterien vergeben** werden muss, wie denen, die das Gesetz 6670 zur Zeit vorsieht. Zumindest müsste die Anzahl der Kinder einbezogen und das Einkommenskriterium auf Basis einer Impaktstudie überarbeitet werden.
- Der Kredit sollte um den jeweils nicht erhaltenen Teil der sozialen Unterstützung erhöht werden können. Die Höhe des Zinssatzes sollte unter dem z.Z. marktüblichen Zinssatz von 2 % liegen. Die Rückzahlungsmodalitäten des Kredites sollten nach sozialen Kriterien überarbeitet werden.
- Dauer der Unterstützung auch für Masterprogramme über Regelstudienzeit + ein Jahr
- Die **Härtefallzulage** ("situation grave et exceptionnelle") muss klar definiert werden. Hier wäre eine nicht ausschließliche Liste von Kriterien und Situationen denkbar.
- Alle Beträge der Studienbeihilfe **indexieren** und regelmäßig an die Inflation anpassen.
- Für die Behörde CEDIES muss eine **geeignete personelle Ausstattung** garantiert werden, damit die im Gesetz vorgesehenen Fristen auch eingehalten werden können.
- Bedarfsgerechte Unterstützung von **PhD-Studierenden** garantieren.

Studie

Keine Zahlen zu Studierenden aus Luxemburg vorhanden

- sozio-ökonomischer Hintergrund der Studierenden

- Finanzieller Bedarf & Alltag der Studierenden (wieviele arbeiten für Geld, wieviel Arbeit ist ein Studium,...)
- Impakt Studie zum aktuellen Modell

Wir erheben jetzt selbst Zahlen zu den realen Lebenshaltungskosten und Lebenssituationen der Studierenden. Die Umfrage läuft seit 2 Tagen und wir haben schon mehr als 800 Teilnahmen. Mit einem kleinem Video in welchem erklärt wird um was es in der Studie geht, wollen wir die Student*innen dazu animieren mitzumachen.

Impaktstudie und sozio-ökonomischer Hintergrund sind für uns schwieriger zu erheben aber eigentlich sind Studien eh die Aufgabe des Ministeriums und nicht unsere.

Druck auf PolitikerInnen

Treffen mir unterschiedlichen politischen Akteuren um Situation zu erklären

Ehrlich gegenüber der Öffentlichkeit berichten wie diese Politiker auf uns reagiert haben

In der Öffentlichkeit Politiker*innen etwas "bloß stellen" um sie an ihre Ideale zu erinnern: gegensätzliche Aussagen der Regierungsmitglieder Pre-Regierung <-> jetzt (ältere Zitate zur Reform 2010 im heutigen Kontext)

Nicht nur für ein faires Studienbeihilfegesetz kämpfen wir sondern auch für mehr Transparenz und mehr Partizipation in der Politik. Dies ist wohl das schwierigste an dem Ganzen, denn die Politiker*innen lassen sich nicht gerne reinreden und mögen es nicht Inhalte in der Öffentlichkeit zu besprechen.

Medienauftritte /PR

Facebook-Seite: Infos/Bilder/... regelmäßig posten

Pressekommunikationen: regelmäßig in den Medien bleiben

Allgemein viele Rückmeldungen zu PK (Interviews, etc.)

Seit dem Streik aktiv versucht die Aufmerksamkeit auf Inhalte zu lenken da uns vorgeworfen wurde dass wir keine inhaltlichen Forderungen hätten

Im Moment eher inhaltliche Debatten/Auseinandersetzungen (auch mit dem Minister zusammen in Talkrunden)

im Allgemeinen immer versucht den Diskurs positiv zu gestalten ("wenn der Minister die Gespräche in seinem Büro nicht öffentlich machen will, dann laden wir ihn zu einer öffentlichen Debatte ein", "dem Minister seine Türen stehen weit offen, unsere auch", ...)

Probleme:

uns wurde vorgeworfen nicht "Dialog" bereit zu sein vom Ministerium und somit auch in den Medien, da wir nicht hinter verschlossenen Türen verhandeln wollen.

Wir mussten immer wieder erklären was Transparenz und partizipative Demokratie in unseren Augen wirklich heißt (was sehr peinlich für die Regierung ist, da diese liberal-rot-grün ist und eigentlich für einen "neuen, offenen, transparenten" Politikstil angetreten ist)

Das Cliché der "faulen, verwöhnten Studenten, die eh nur Party machen" ist weiterhin verbreitet, auch unter Politiker*innen. Wir spielen quasi die Rolle einer Lobby für Student*innen und versuchen der Öffentlichkeit und den Politiker*innen beizubringen, dass nach Bologna Vieles anders ist an den Universitäten.

Reaktion der Politik/Öffentlichkeit/Medien auf uns

Vor Streik

Öffentlichkeit hat sich gefragt was das Alles soll, StudentInnen eher als faul, etc dargestellt worden

Politik hat uns noch eher belächelt so nach dem Motto: "lassen wir die StudentInnen mal streiken"

Medien wurden nach und nach auf uns aufmerksam und haben bemerkt dass sich was tut, noch keine wirkliche inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Gesetzestext an sich, eher mit dem angekündigten Streik

Nach Streik

Öffentliche Meinung hat sich etwas verändert, unsere Sorgen werden verstanden und mitgetragen, es wird sich solidarisiert. (Kommentar Funktionen auf Seiten wie rtl.lu weiterhin ein Problem! ;)

Politik hat gedacht mit dem Streik hätte sich das Thema erledigt, jetzt fast 2 Monate später sind sie etwas genervt von unserer ständigen Öffentlichkeit und wünschten sich dass wir endlich Ruhe geben würden. Kommen auf uns zu, wobei wir bemerken, dass viele wirklich nicht richtig verstehen was unsere Probleme sind. (Aussagen: "Beihilfen sollen keine Ermunterung sein zu Hause auszuziehen nur damit man in Ruhe Party machen kann",...)

Medien fangen an sich auch inhaltlich mit dem Thema zu befassen und wir werden zu Talkrunden etc. eingeladen. Im Allgemeinen sind die Journalist*innen sehr offen uns gegenüber und freuen sich mal was interessantes berichten zu können.

Vernetzung unter uns

Facebook Gruppe

Doodle (Disponibilität)

Pads (Texte)

Skype Versammlungen (viele von uns im Ausland)

fehlender persönlicher Kontakt bei weiten Distanzen

eher schwierig Leute dazu zu bringen Aufgaben/Verantwortung zu übernehmen

Zentralisierung der Informationen: Wir hatten den Versuch gestartet einzelne Arbeitsgruppen zu bilden nach dem Streik weil wir da Zuwachs hatten. Ist jedoch gescheitert weil doch nicht genug Leute vorhanden.

Aufgetauchte Probleme

Zeitmanagement (alles neben VollzeitStudium machen)

Koordination

Aktive Mitarbeit oft auf einigen wenigen hängen geblieben

Personelle Ressourcen

Kritik von Aussen: wir wollten nur streiken, wir hätten keine "realistischen Forderungen", wir seien nicht die "gewählten Studierendenvertretung (ACEL)

Streitigkeiten zwischen ACEL und UNEL

Politische Profilierung verschiedener Akteure ausserhalb des Aktionskomitees.

Politiker*innen dazu zwingen wirklich transparent zu sein, und öffentliche Verhandlungen zu führen erweist sich als sehr schwierig. Unser Protest fordert sie immer wieder heraus alteingesessene Prinzipien zu brechen.